Brauer-Zeitung.

Offizielles Organ aller organisirten Brauereiarbeiter.

Sämmtliche **Briefe** sind zu adressiren an **G. Bauer**; — alle **Geldsendungen** sind zu richten an **H. Kagerl**; — **Versammlungsberichte** und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an **F. Krieg**, sämmtlich in **Hannover**, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — **Postzeitungsliste Nr. 1277.** **Redaktion: F. Krieg, Hannover.** **Abonnement** für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. **Inserate** kostet die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: **W. Richter, Berlin,** Christburgerstraße 26. — Vorsitzender der Rechtsschutz-Kommission: **L. Sticker, Frankfurt a. M.,** Höhenstraße Nr. 32. Vorsitzender der Preß-Kommission: **O. Brandt, Linden-Hannover,** Wittekindstraße 20, 1. Etage.

№ 30. **Hannover, den 27. Juli 1900.** **10. Jahrgang.**

Kollegen, werbet unablässig und mit Ruhe und Ueberlegung neue Mitglieder! Ein jedes Mitglied muß Agitator sein!

Gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Arbeiter.

Auf wiederholtes energisches Drängen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, zur gründlichen Revision des mangelhaften Krankenversicherungsgesetzes einen entsprechenden Entwurf dem Reichstage vorzulegen, wurde auch vor einiger Zeit mitgetheilt, daß die Regierung für die nächste Reichstagssession einen solchen Entwurf in Aussicht genommen habe.

Bald darauf veröffentlichte der Regierungsrath Dr. Hoffmann in einigen Nummern der „Preußischen Verwaltungsblätter" einen die „Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes" behandelnden Aufsatz, von welchem ohne Weiteres ersichtlich war, daß er die Meinung der Regierung zum Ausdruck brachte. In der Hauptsache gehen die gemachten Vorschläge dahin:

1. Zentralisirung der jetzt beruflich geschiedenen Ortskrankenkassen.
2. Ausdehnung der Versicherungspflicht der Krankenkassen auf 26 Wochen.
3. **Beseitigung der bestehenden Vorschriften über die Berufung des Vorsitzenden und die Anstellung der Beamten** bei den Krankenkassen. Während jetzt der Vorsitzende wie der gesammte Vorstand von der Generalversammlung gewählt und die Beamten der Kasse vom Vorstande angestellt wurden, soll fortan der Vorsitzende von der **Kommunal-Verwaltung** bestimmt werden und stets Kommunalbeamter sein. Auch das Recht der Anstellung von Kassenbeamten soll auf die Kommunalverwaltung übergehen.

Die letzteren Vorschläge zeigen uns wieder, daß man in Preußen-Deutschland nur dann geneigt ist, Verbesserungen für die Arbeiter zu schaffen, wenn auf der anderen Seite dafür doppelte Verschlechterungen eingeschmuggelt werden können.

Man will der Selbstverwaltung der Kassen, die nach dem bestehenden Gesetz in beschränktem Maße vorhanden ist, ein Ende machen, unter dem Vorgeben, daß die Arbeiter in der Verwaltung nicht die Oberhand behalten dürfen und **„dem Mißbrauch der Kassenverwaltung zu politischen Zwecken** oder gar zur Terrorisirung der Versicherten, der Aerzte, Apotheker und sonstigen Lieferanten der Kasse energisch gesteuert werden müsse." So ist wörtlich zu lesen in dem Hoffmann'schen Aufsatze.

Und das Alles, trotzdem von den verschiedensten berufenen Seiten den Verwaltungen der Krankenkassen durch die Arbeiter allgemeines Lob gespendet wurde.

Um nun aber den „Terrorismus" und „den Mißbrauch der Kassenverwaltung zu politischen Zwecken" beweisen zu können, muß man auch Beweise haben und solche holt man sich auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege von Landräthen, Magistraten und Polizeidirektionen, ganz wie bei dem Zuchthausgesetz traurigen Angedenkens und wird wohl auch wieder eine famose „Denkschrift" erscheinen. Die Vorbereitungen dazu sind schon im Gange, wie folgende Zirkularverfügung des Regierungspräsidenten von Potsdam vom 11. Juni beweist:

„Es besteht die Absicht, dem Reichstag in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes zur Beschlußfassung zu unterbreiten, um durch Verlängerung der gesetzlichen Unterstützungsdauer der Krankenkassen auf 26 Wochen den Zusammenhang zwischen der Kranken- und Invalidenversicherung herzustellen. Bei dieser Gelegenheit sollen auch diejenigen Bestimmungen des Gesetzes geändert werden, welche sich in der Praxis als abänderungsbedürftig erwiesen haben.

Ich ersuche daher, diejenigen Bestimmungen zu bezeichnen, welche einer Aenderung zu unterziehen sein werden, und dabei sich namentlich auch über folgende Punkte zu äußern:

1. Empfiehlt sich eine Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen; ist insbesondere die Ausdehnung des Versicherungszwangs auf alle der Invalidenversicherung unterliegenden Personen erwünscht? — Welche Einschränkungen würden vorzunehmen sein? — Welche Bestimmungen würden namentlich zu treffen sein für land- und forstwirthschaftliche Arbeiter und das Gesinde?

2. Besteht ein Bedürfniß zur Beibehaltung der Gemeinde-Krankenversicherung als Träger der Versicherung?

3. Erscheint es zweckmäßig und durchführbar, die Ortskrankenkassen so zu organisiren, daß alle im Bezirk einer oder mehrerer Gemeinden beschäftigten versicherungspflichtigen Personen unter Beseitigung der für einen einzelnen oder für mehrere einzelne Gewerbszweige errichteten Ortskrankenkassen einer Ortskrankenkasse angehören (Gemeinde- und Ortskrankenkassen)?

4. Sollen den **Arbeitgebern** unter **Erhöhung des aus eignen Mitteln** zu bestreitenden Antheils an den Beiträgen auf die **Hälfte** in der Verwaltung der Kassen die **gleichen Rechte** wie den Arbeitern eingeräumt werden?

5. Empfiehlt sich ein **Anschluß der Ortskrankenkasse an die Gemeinde-Verwaltung** in der Weise, daß ein Gemeindebeamter — diese vorbehaltlich der Erstattung der Gehälter durch die Kassen — von der Gemeinde angestellt werde?

6. Ist in das Gesetz eine deklarirende Bestimmung aufzunehmen, wonach als „ärztliche Behandlung" im Sinne des Krankenkassen-Versicherungsgesetzes nur die Behandlung durch approbirte Aerzte (§ 29 der Reichs-Gewerbe-Ordnung) gilt? Welche Ausnahmen sind im Bejahungsfall vorzusehen?

7. Ist die durch §§ 6a und 26a des Krankenversicherungs-Gesetzes den Kassen gegebene Möglichkeit der Einführung des Zwanges zur Benutzung bestimmter Kassenärzte beizubehalten oder empfiehlt sich die Einführung der freien Aerztewahl?

Allgemein oder mit welchen Beschränkungen? Welche Einrichtungen sind im Fall der Einführung der freien Aerztewahl zur Verhütung einer über das Bedürfniß hinausgehenden Ausübung der ärztlichen Verordnungen zu treffen?

Sind besondere Vorschriften über die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Aerzten und Kassen zu treffen?

8. Empfiehlt es sich, nach dem Vorgang bei § 30 des Invalidenversicherungs-Gesetzes in den §§ 6a Ziffer 2 und 26a Ziffer 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes die Worte „oder geschlechtliche Ausschweifungen" zu streichen?

9. Haben sich die **Befugnisse der Aufsichtsbehörden als unzulänglich erwiesen?** In welcher Beziehung ist eine Verstärkung der Aufsichtsbehörde nothwendig?

10. Sollen die Hilfskassen als gleichberechtigte Träger der Krankenversicherung beibehalten oder nur noch als Zuschußkassen zugelassen werden?

Es ist ferner anzugeben:

10a. Ob und welche von den der dortigen Aufsicht unterstehenden Orts-, Betriebs- (Fabriks-), Bau- und Innungskrankenkassen schon jetzt Beiträge in Höhe von 4½ Proz. des für die Bemessung der Unterstützungen maßgebenden Betrages erheben, während sie nur die gesetzlichen Mindestleistungen gewähren, und

10b. welche Gemeinde-Krankenversicherungen bei Beiträgen in Höhe von 2 Proz. im letzten Jahre Zuschüsse von der Gemeinde oder von den weiteren Kommunalverbänden erhalten haben.

10c. **Sodann sind in einer Nachweisung diejenigen Orts-Krankenkassen aufzuführen, bei denen Vorstandsmitglieder sich als Angehörige der sozialdemokratischen Partei bemerklich gemacht haben;** es ist hier unter kurzer Darlegung des Thatbestandes anzugeben, ob und in welcher Weise ein **Mißbrauch der Verwaltung zu sozialdemokratischen Parteizwecken** in die Erscheinung getreten ist.

Insbesondere sind etwaige Streitigkeiten mit den Aerzten, Apotheken, Krankenhäusern usw. sowie **Veruntreuungen von Kassengeldern, die mit solchem Mißbrauch zusammenhängen,** anzuführen."

Alle diese Punkte stehen in vollster Uebereinstimmung mit den Hoffmann'schen Vorschlägen. Ohne Zweifel bezweckt die Regierung, Material zu einer „Denkschrift" zu gewinnen, die sie ihrem Entwurfe beigeben will und die, wenn sie zu Stande kommt, ein würdiges Pendant zu der famosen Zuchthausvorlagen-Denkschrift bilden dürfte.

Die Nr. 10c des Erlasses ist daher von besonderem Interesse, weil sich aus ihr der eigentliche und wahre Zweck ergiebt, der mit der Abänderung des Gesetzes beabsichtigt wird. Da werden wieder schöne Nachweisungen zusammengeschrieben werden.

Hoffentlich passirts dieser Denkschrift im Reichstag genau so, wie der zum Zuchthausgesetz, und hoffentlich wird man endlich wenigstens die nothwendigsten Verbesserungen, insbesondere die Ausdehnung der Versicherungspflicht der Krankenkassen auf 26 Wochen vornehmen, und die Rechte der Arbeiter, die man zu nehmen beabsichtigt, unangetastet lassen.

Korrespondenzen.

Berlin. Monatsversammlung der Brauer vom 15. Juli im Gewerkschaftshause. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Reick in der üblichen Weise. Der Vorsitzende giebt alsdann bekannt, daß das Referat des Genossen Rosenow ausfallen müßte, da dieser durch Abreise am Erscheinen verhindert sei. In Folge dessen wird in der Diskussion über die Beschlüsse des Delegirtentages fortgefahren. Besonders wird von den meisten Rednern hervorgehoben, daß die Entschädigungsfrage der Zweigvereinsvorstände durch die gefaßten Beschlüsse keineswegs gelöst sei. Einige Kollegen sind der Ansicht, daß durch die Gaueintheilung die Agitation entschieden vertheuert worden sei. — Eine Fortsetzung dieser Debatten in der nächsten Versammlung findet nicht statt. Der Vorsitzende fragt die Versammlung, ob die Hinterbliebenen unseres an der Proletarierkrankheit verstorbenen treuen Kollegen Hildebrandt das Sterbegeld erhalten sollen, trotzdem derselbe, durch seine Krankheit verhindert, nicht mehr Mitglied war? Einstimmig werden 50 Mk. bewilligt, auch soll das Kranzgeld für ihn erhoben werden, und zwar für den Monat August. Die Einladung der Kupferschmiede zum Besuch der „Urania" im August wird abgelehnt und für einen späteren Monat ein Besuch in Aussicht genommen. Die Bierversorgung zu unserer am 12. August stattfindenden Dampferpartie, über welche man sich auch nicht sogleich einigen konnte, wurde dahin geregelt, daß alles Diesbezügliche dem Arrangeur der Partie, Kollegen Gärtner, überlassen bleiben soll. Sollte irgend eine Brauerei durch Spendung eines Quantums Freibier ein Uebriges thun wollen, so ist dies lediglich Sache der Kollegen der betr. Brauerei. Da Kollege N. sich über das Verhalten einiger Brauereien glaubte beschweren zu müssen, sah sich Kollege Richter veranlaßt, namens der Fünferkommission zu erklären, daß nunmehr auch die letzten Brauereien ihre Zustimmung zu dem vom „Ringe" anerkannten Tarif gegeben hätten, wir also wohl mit dieser Errungenschaft zufrieden sein könnten. Sollten sich aber irgendwo Gründe zur Beschwerde ergeben, so weiß ein Jeder, wohin er sich zu wenden hat, nämlich einzig und allein an die Fünfer-Kommission. Nur ein Punkt harrt noch der Erledigung: der Arbeitsnachweis für die ringfreien Brauereien. Es ist indeß nicht leicht, hier einen alle Theile befriedigenden Modus zu finden und darum möge man der Kommission vertrauen und ihr Zeit lassen. Hiermit schließt die mittelmäßig besuchte Versammlung.

Bielefeld. Am 8. Juli fand die Monatsversammlung statt. Dieselbe war ausnahmsweise gut besucht. Es ließ sich ein Kollege aufnehmen. Zum 3. Punkt der Tagesordnung kam ein Antrag zur Annahme, das Gewerkschaftsfest nicht zu besuchen, wenn Herforder Bier zum Ausschank gelange. Grund zu diesem Antrag war: erstens das eigenmächtige Vorgehen des Kartellvorsitzenden, zweitens das Benehmen der zur Bierlieferung in Frage kommenden Herforder Bierbrauerei von Gebr. Uckermann in Herford. Dieselbe hat bei dem Krefelder Streik Streikbrecher für die Tivoli-Brauerei Krefeld geliefert und verhält sich außerdem ablehnend in der Frage der Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter. Die Bielefelder Kollegen haben schon öfters diese Thatsache erfahren. Unter „Verschiedenes" wurde vom zweiten Vorsitzenden Bericht über die Verhandlung wegen der Hannöverschen Arbeitsordnung mit der Bielefelder Brauerei erstattet. Wenn auch nicht Alles bewilligt wurde, so können wir doch zufrieden sein. Weiter wurde den Delegirten zum Gewerkschaftskartell eine Vergütung von 70 Pfg. aus der Lokalkasse für eine Sitzung im Monat bewilligt. Sollten im Monat zwei Kartell-Sitzungen stattfinden, so wird die zweite Sitzung nicht vergütet. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Coburg. Sonntag, den 8. Juli, fand eine Mitglieder-Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Abrechnung vom 1. Quartal. Regelung der Vertrauensleute der auswärtigen Mitglieder. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde für richtig befunden. Zur Regelung der Vertrauensleute der auswärtigen Mitglieder wurden die Vertrauensleute aufgefordert, laut Beschluß des letzten Delegirtentages die Beiträge in den ersten Tagen eines jeden Monats an den Kassirer oder an den Vorstand der Zahlstelle Coburg einzusenden. Unter „Verschiedenes" stellte Karl Stegner den Antrag, so bald wie möglich eine Agitationstour nach Sonneberg zu unternehmen. Es wurde beschlossen, ein Zirkular an die Mitglieder gehen zu lassen, in welchem die Kollegen aufgefordert werden, sich so viel wie möglich daran zu betheiligen und zahlreich zu unterzeichnen.

Coburg. Ein wahrer Musterbetrieb muß die Bierbrauerei und Malzfabrik, Aktiengesellschaft, Coburg-Obersiemau sein. Seit ca. 1½ Jahren war in derselben ein Mann als Maschinist und Heizer gegen einen Monatslohn von 90 Mk. beschäftigt. Bei Maschinisten und Heizern ist man in Coburg schon eine ziemliche Ausnutzung der Arbeitskraft gewöhnt, aber die Arbeitsbedingungen des Maschinisten obiger Brauerei sind denn doch so harte, daß es nothwendig erscheint, dieselben einmal öffentlich zu besprechen. — Der Maschinist hatte eine Arbeitszeit von früh 3½ bis Abends 7 oder 8 Uhr, ja auch noch länger. Eigentliche Pausen gab es für den Mann gar nicht, selbst das Mittagessen mußte derselbe mehrfach unterbrechen, um die Maschine zu bedienen. Wer nun aber glaubt, daß es hier wie in der Bibel heißt; „Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten sollst du ruhen", der irrt sich. Jeden Sonntag mußte von früh 6 bis Mittags 12 Uhr gearbeitet werden, und in der ganzen langen Zeit seiner Beschäftigung in fraglicher Brauerei, also 1½ Jahr, hatte der Mann keinen einzigen freien Tag. Wenn man nun die Arbeitszeit bedenkt und bedenkt, daß für die Ueberstunden und Sonntagsarbeit kein Pfennig bezahlt wurde, und auch die Tage der Erkrankung — es handelte sich nur einmal um 12 Tage, die er in Folge eines bei der Firma erlittenen Unfalles arbeitsunfähig geworden war — abgezogen wurden, so kann man berechnen, was für einen armseligen Lohn der Mann in seiner schweren verantwortlichen Stellung bezog. Die Thatsache, daß die Firma seit ca. 3 Jahren eine Eismaschine hat und in den

ersten 1½ Jahren 9 Maschinisten gehabt hat, beweist schon, daß die Stellung gerade keine große Annehmlichkeiten bedeutete. Daß ein solcher Mann seine Arbeitskraft frühzeitig verbraucht und seiner Familie vorzeitig entrissen wird, wird Jedermann einleuchten, um so mehr, als es vorgekommen, daß derselbe einmal 39 Stunden ununterbrochen an seiner Arbeit sein mußte. Geradezu unverständlich ist aber, daß der Direktor, Herr Schubert, den Mann in Folge eines nichtssagenden Grundes aus der Stellung entlassen hat. Eines Abends gegen 7 Uhr hatte sich das Feuer so verschlackt — es wurde die billige Kohle, der sogenannte Brennberg gebrannt —, daß es dem Maschinisten unmöglich war, noch weiter Dampf zu erhalten. In Folge dessen hatte derselbe um 7 Uhr, statt, wie es der Herr Braumeister bestimmt hatte, um 8 Uhr die Eismaschine außer Betrieb gesetzt. Ohne nun den Mann nochmals zu hören, hat Herr Schubert demselben „schriftlich" mitgetheilt, daß er ihn als entlassen betrachte, weil er den Anordnungen des Braumeisters nicht Folge geleistet habe. Die Thatsache, daß der Mann 1½ Jahr in der Stelle ausgehalten, während in demselben Zeitraum vorher neun seiner Kollegen gekommen und gegangen waren, sowie das ausgezeichnete Zeugniß des Herrn Schubert beweisen zur Genüge, daß der Mann brauchbar und tüchtig war. Warum die Aktiengesellschaft den Mann so kurzer Hand entlassen, können wir uns nicht enträthseln, denn der Fall, den sie als Grund angegeben, scheint uns nicht stichhaltig zu sein, weit eher glauben wir es dem Umstand zuschreiben zu müssen, daß der Mann schon seit langer Zeit eine Hilfskraft verlangte, weil er glaubte, es auf die Dauer nicht mehr aushalten zu können. Um größere Ausgaben zu vermeiden, hat die Firma sich eine neue Kraft angestellt. Dies ist doch ein recht bemerkenswerthes Bild aus unserer kapitalistischen Weltordnung.

Chaux de Fonds. Am 15. d. M. tagte unsere Generalversammlung mit folgenden Traktanden: Appell. Aufnahme frischer Mitglieder und Einzug der Beiträge. Bericht der Union. Rechnungsbericht. Wahl des Gesammtvorstandes. Korrespondenzen. Verschiedenes. Bevor man zur Tagesordnung schritt, wurde gewünscht, daß man die Mißstände in der Brauerei Müller in Chaux de Fonds als Traktand aufnimmt, welches angenommen wurde. Nachdem der 1. Punkt erledigt war, ließ sich ein Kollege aufnehmen und einer umschreiben. Der Rechnungsbericht wurde für richtig erklärt und dem Kassirer der Dank ausgesprochen. Als Vorsitzender wurde J. v. Kempen, als dessen Stellvertreter Dürring, als Schriftführer Luippold, als Buchführer Perron, als Rechnungsrevisoren die Kollegen Malzer, Haas und Mooser gewählt. Die Mißstände der Brauerei Müller sollen untersucht werden; dazu wurde eine zweigliedrige Kommission gewählt. In Korrespondenzen wurde ein Schreiben verlesen von den Kollegen des Brauerfachvereins St. Gallen, welche ihren Dank aussprachen für die Beihilfe zu ihrer Fahne. Im Verschiedenen wurde noch die Kollegialität gerühmt von den beiden Kollegen, welche hier mit der Fahne vertreten waren an dem Arbeiterfest vom 1. Juli. Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Dresden. Sonnabend, den 14. Juli, fand unsere halbjährliche Generalversammlung im „Gambrinus" statt. Zunächst wurde die Tagesordnung auf Antrag dahin abgeändert, daß der zweite Punkt „Abrechnung der Kranken-Unterstützungskasse" als erster gestellt wurde. Die Kasse hatte am 30. Dezember v. J. einen Bestand von 103,27 Mk., wozu in diesem halben Jahre eine Einnahme von 178,80 Mk. kam, macht 282,07 Mk.; Ausgabe 202 Mk., bleibt Bestand 80,07 Mk. Es wurde ein Antrag angenommen, an die Vertrauensleute hektographirte Schreiben mit einem Auszuge aus den Statuten zu vertheilen, auf denen sich die Kollegen zu unterschreiben haben, ob sie Mitglieder der Kasse werden wollen oder nicht, und soll der 2. Vorsitzende die Sache in die Hand nehmen. Im zweiten Punkt, Bericht des Vorstandes, theilte der Vorsitzende mit, daß wir in diesem halben Jahre 7 Versammlungen hatten, davon 4 öffentliche, 2 Mitglieder und eine Generalversammlung; außerdem 7 Vorstandssitzungen und eine Besprechung mit den Böttchern über unsere Forderungen. Wir haben eine Lohnerhöhung von monatlich 8 Mk. bei wöchentlicher Auszahlung erlangt. In Meißen hatten die Kollegen vom Felsenkeller eine Forderung gestellt, die resultatlos verlief, weil sich dieselben vom Direktor einschüchtern ließen. In Radeberg verlief ein Streik zu Gunsten der Brauer und Böttcher, doch kamen die Bierverleger zu schlecht dabei weg. Es wurden folgende beiden Anträge angenommen: „Dem Vorstande ist Decharge zu ertheilen, bis auf die Angelegenheit Radeberg", und „Die Angelegenheit Radeberg ist dem Gesammtvorstande des Fachvereins zu überlassen". Zur Nachwahl zum Vorstande wurde beschlossen, den Vorstand zu lassen wie er ist. Ahlers wollte sein Amt als Kassirer und Vertrauensmann der Einzelmitglieder niederlegen. Unter „Gewerkschaftliches" wies Ahlers die gegen ihn gemachten Angriffe zurück. Dann theilte der Vorsitzende mit, daß die Bergschloß-Brauerei in Pirna den Arbeitsnachweis anerkennen wolle und die Lohnfrage mit ihrem Personal selbst geregelt habe, und wolle er ein diesbezügliches Schreiben in der nächsten Versammlung verlesen. Die ausgesperrten Mälzer der Feldschlößchen-Brauerei seien bis auf einen wieder eingestellt. Dann wurde noch mitgetheilt, daß die Gründung des Gesangvereins fallen gelassen sei, und erfolgte hierauf Schluß der Versammlung.

Halle. Am Freitag, den 13. d. Mts., tagte im „Englischen Hof" eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung, in welcher Reichstagsabgeordneter A. Thiele das Referat über die Frage: „Warum müssen wir uns organisiren" übernommen hatte. In seinem einstündigen Vortrage legte Redner es allen Anwesenden klar, daß durch Verschmelzung des Verbandes und Bundes zu einer Organisation es leicht wäre, unsere nur zu gerechten Forderungen durchzubringen. Dieses wird uns leider heute noch durch die Machinationen der Kollegen des Bundes erschwert. Redner erörterte ferner die Statistik einer Gewerkschaft, welche bei 14 000 Arbeitern einen Verdienst von 18 bis 25 Pfg. bei 14 bis 18stündiger Arbeitszeit aufweist. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Den Bericht über unsere an die Brauereien gestellten Forderungen hatte Redner gleich zum Schluß in seinen Vortrag mit einbegriffen, worüber sich eine kurze Diskussion entspann, wobei sich fast jeder Redner dahin aussprach, es solle so agitirt werden, daß alle aus noch Fernstehenden sich dem Verbande anschließen, welcher nur allein die Interessen der Brauereiarbeiter vertritt und eine Besserstellung der wirthschaftlichen Lage aller in den Brauereibetrieben beschäftigten Personen erstrebt. Von verschiedenen Kollegen wurde auch das Prozentnehmen in einigen Brauereien scharf getadelt, auch wurde Herr Brauereibesitzer Freyberg einer scharfen Kritik unterzogen, weil er sein Wort und Unterschrift von vor zwei Jahren nicht innegehalten hat. Unter „Verschiedenes" brachte Kollege Mühl die Beschwerde betreffend den Arbeitsnachweis vor. Selbiger ist seit dem 25. Februar aus der Günther'schen Brauerei entlassen und kann, trotzdem in fast allen Brauereien Leute ohne Nachweis eingestellt wurden, keine Arbeit erhalten, worüber sich eine lange Debatte entspann. Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß Kollege Lepitz um 11½ Uhr die Versammlung.

Hamburg I. Am Sonnabend, den 14. d. Mts., hielt unsere Sektion eine Mitglieder-Versammlung im „Harmonia"-Gesellschaftshaus ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenbericht. 2. Wahl eines ersten Vorsitzenden. 3. Bericht der Lohnkommission. 4. Bericht der Arbeits-Nachweis-Kommission. 5. Innere Vereinsangelegenheiten. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, erstattete Kollege Döllinger den Bericht der Kommission, betreffend der Angelegenheit Meisel. Es wurde beschlossen, Meisel bleibt Mitglied, wenn er ein Jahr auf die Rechte verzichtet. Dieselbe Kommission soll auch den Fall Auer untersuchen, da derselbe sich auch gegen den Verband vergangen haben soll, und soll die Kommission den Mitgliedern ihr Gutachten unterbreiten, damit darüber Beschluß gefaßt werden kann. Hierauf erstattete der Kassirer Kollege Kollmann den Kassenbericht. Der Kassenbestand betrug am 1. April 133,35 Mk. Am 1. Juli betrug derselbe 278,50 Mk. Der Kassenbestand der Unterstützungskasse betrug am 1. April 537 Mk., am 1. Juli 661,10 Mk. Kollmann machte darauf aufmerksam, daß die Revisoren nicht unterschrieben haben, da noch ein Posten vom Kollegen Klein, welcher gegenwärtig nicht hier ist, ausständig sei. Im Uebrigen stimmte Alles, was auch von den Revisoren bestätigt wurde. Die Abrechnung wurde bis zur Rückkunft Klein's zurückgestellt. Ferner wurde ein Antrag Kollmann's angenommen, welcher besagt, daß unsere Kommission gemeinschaftlich mit der der Hilfsarbeiter die Sammellisten und Karten vom Elbschloßausstand revidirt, um endlich einmal reine Bahn in dieser Sache zu schaffen. Hierauf wurde zur Wahl eines ersten Vorsitzenden geschritten; da Kollege Klein hier seine Thätigkeit aufgegeben und sich in Lübeck niedergelassen hat, hat er sein Amt niedergelegt. Es wurde per Stimmzettel abgestimmt und erhielten Döllinger 24, Gasser 23 und Deffner 16 Stimmen. Es ist somit Döllinger zum ersten Vorsitzenden gewählt. Da durch die Amtsniederlegung Klein's die Posten eines Kartelldelegirten und eines Lohnkommissions-Mitgliedes erledigt wurden, so wurde Tietze als Kartelldelegirter und Döllinger in die Lohnkommission gewählt. Hierauf berichtete Döllinger über den Ausstand auf der Harburger Aktienbrauerei in ausführlicher Weise. Die darauf erfolgte Diskussion, an der sich eine ganze Anzahl Kollegen betheiligten, konnte nicht zu Ende geführt werden, da es mittlerweile 12 Uhr wurde. Es wurde beschlossen, nächste Woche eine Vorstandssitzung abzuhalten. Hierauf Schluß der Versammlung.

Hannover. Generalversammlung vom 15. Juli. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Mitgliedes Bierfahrer König, und ehrten die Anwesenden sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Beim Verlesen der Protokolle wurde Beschwerde darüber laut, daß die Redaktion des „Volkswille" die Berichte unserer Versammlungen kürze. Hierauf erstatteten Kleinert und Ziegler den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. Besonders wurde hervorgehoben, daß auch im verflossenen halben Jahr der Verein an Mitgliedern zugenommen. Durch die Vereinbarungen mit den Brauereien sei es möglich gewesen, das Hauptaugenmerk auf den inneren Ausbau der Organisation zu richten. Sodann gab der Kassirer Dinelt den Kassenbericht. Süß berichtete im Auftrage der Revisoren, daß bei jeder Revision Kasse und Bücher in Ordnung gewesen seien, worauf dem Kassirer Decharge ertheilt wurde. Den Bericht der Lohnkommission gab Brandt, hervorhebend, daß in bereits allen Fällen, in denen die Lohnkommission eingeschritten sei, die Angelegenheiten zu unseren Gunsten erledigt worden wären. Im Weiteren wandte Brand sich an die Mitglieder, bei allen vorkommenden Eventualitäten der Lohnkommission streng wahrheitsgemäß zu berichten. Hier wurde ebenfalls das Verhalten des Braumeisters der Vereinsbrauerei Herrenhausen einer Kritik unterzogen. Vom Vorsitzenden wurde gleich dazu bemerkt, daß ein großer Theil der Schuld auf die Kollegen selbst falle und durch solidarisches und verträgliches Benehmen die Uebelstände am besten beseitigt würden. Es folgte die Neuwahl des Gesammtvorstandes und wurden gewählt Hutt, 1. Vorsitzender, Bartels, 2. Vorsitzender, Dienelt, 1. Kassirer, Süß, 2. Kassirer, Decker, 1. Schriftführer, Bertsch, 2. Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt Bertsch, Maulhardt und Klaus. Zur Lohnkommission Kleinert, Rentsch und Decker. Zum Gauvorstand Kleinert, als Beisitzer Decker, Brandt, Bartels und Häuslein. Bei der Wahl der Vertrauensleute wurde vielfach die Beschwerde laut, daß die Vertrauensleute von Seiten ihrer Mitglieder oft gerade nicht sehr höflich behandelt würden und wurde ein derartiges Auftreten von der Versammlung verurtheilt. Als Vertrauensleute wurden gewählt: Städtische Brauerei: Brauer: Bubeneneter und Blaufuß; Hilfsarbeiter: Heise; Maschinen- und Heizerpersonal: Bierwirth; Bierfahrer: Wollenhaupt. Lindener Aktien-Brauerei: Brauer: Wendeler und Hupf; Hilfsarbeiter: Severing; Maschinen- und Heizerpersonal: Maulhardt; Bierfahrer: Böhl und Dannenberg. Hannoversche Aktien-Brauerei: Brauer: Kleinenhagen; Hilfsarbeiter: Kinne und Narges. Vereinsbrauerei Herrenhausen: Herboldtsheimer. Bürgerliches Brauhaus: Brauer: Rohpeter; Bierfahrer: Löneke. Brauerei Wülfel: Frank; Städtische Broyhan-Brauerei: Goedecke. Kaiser-Brauerei: Wolf. Den Mitgliedern der Germania-Brauerei wurde es auf Ersuchen anheimgestellt, ihre Vertrauensleute in einer Werkstattversammlung selbst zu wählen. Im Weiteren verurtheilt Picker scharf die Schalanderpolitik, man solle nicht bei jeder Kleinigkeit den Verband als Prügelknaben benutzen und neueingetretene Mitglieder nicht als minderwerthig zu betrachten suchen. Brandt bringt das Verhalten des Kollegen Greichen zur Sprache, welcher glaubte, stiefmütterlich behandelt zu sein. Kollege Kleinert berichtet hierzu, daß das Gesuch des Kollegen Gr. in der Hauptvorstandssitzung nach gründlicher Prüfung einstimmig abgelehnt worden sei. Ein Grund, den Hauptvorsitzenden dafür verantwortlich zu machen, läge also nicht vor. Zum Schluß rügte Kollege Bauer den schwachen Versammlungsbesuch. Es sei kein Zeichen von besonderem Interesse, wenn von 560 Mitgliedern kaum 250 anwesend sind. Die vielen Krankheits- und Unfälle seien uns Beweis, daß die Arbeitszeit eine noch zu lange sei. Dieses zu ändern, dazu gehöre eine zielbewußte Schaar und vor allen Dingen gut besuchte Versammlungen, deshalb habe ein jedes Mitglied sein ganzes Interesse der Organisation zuzuwenden. Schluß der schwach besuchten Versammlung 7 Uhr.

Heilbronn und Umgebung. Bericht der Mitglieder-Versammlung vom 7. Juli. Auf der Tagesordnung standen: Aufnahme, Gewerkschaftsbericht, Abrechnung vom 2. Quartal, Lohnforderung der Brauer und Bierfahrer, Beitragserhöhung und Verschiedenes. An Stelle des behinderten Kollegen Dietrich führte Kollege Heinrich den Vorsitz. Nach Erledigung des ersten Punktes gab Kollege Binder den Gewerkschaftsbericht, aus dem hervorzuheben ist die vom Fabrikarbeiter-Verband mit Unterstützung des Gewerkschaftskartells durchgeführte Lohnerhöhung bei der Weitfirma Maggi, Konservenfabrik, wie auch die Neugründung von Organisationen der städtischen Arbeiter, der Graveure und Ziseleure und der Fuhrleute. Nachdem gab Kollege Binder den Kassenbericht des 2. Quartals. Die Einnahme betrug 384,19 Mk., welche abzüglich von 62,83 Mk. für Lokalausgaben (hauptsächlich für Agitation und Lohnbewegung) dem Hauptvorstand übermittelt wurden. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1900 91 und am 1. Juli 121 Mitglieder. Im 1. Quartal hatten wir 30 und im 2. Quartal 11 Neuaufnahmen. Die Abrechnung wurde als richtig anerkannt, und wurden die Revisoren ermahnt, es mit ihrer Pflicht etwas ernster zu nehmen. Unter Punkt 4, Lohnforderung betreffend, wurden in den Brauereien „Zum Adler" und „Löwen" die am 1. Mai abgelaufenen Verträge erneuert und hierdurch, hauptsächlich bei ersterer Brauerei, ganz nennenswerthe Erfolge erzielt. Was eine gute Organisation vermag, haben unsere hiesigen Bierfahrer, seitdem sich dieselben mit wenigen Ausnahmen unserem Verbande angeschlossen, auch schon erfahren. Die Regelung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes bis um 2,50 Mk. pro Woche, Einführung von Tourengeldern wie auch Bezahlung von Ueberarbeit sind Erfolge, mit denen wir in agitatorischer wie auch in materieller Beziehung zufrieden sein können. In seinem Schlußworte rief uns Genosse Schweikert, welcher hierüber berichtete, noch zu, daß wir nun erst recht alle Ursache hätten, uns noch fester und inniger zusammenzuschließen, um das Errungene festzuhalten und neue Erfolge zu erreichen, wobei wir für die Zukunft hauptsächlich das heute überall koalirte Unternehmerthum ins Auge fassen müßten, um auch diesem gegenüber Stand zu halten. Der folgende Punkt, Beitragserhöhung, rief eine besonders lebhafte Diskussion hervor. Unter Punkt „Verschiedenes" wurde noch beschlossen, den Kollegen in Kochendorf am Sonntag, den 29. d. Mts., einen Besuch abzustatten, wobei ein Referat des Gen. Schweikert über unsere wirthschaftliche Lage mit nachfolgender gemüthlicher Unterhaltung die Tagesordnung bilden wird.

Kaltenhausen. Den Brauern und Bindern, welche sich auf der Durchreise durch Hallein im Salzburgischen befinden oder dorthin sich zu begeben beabsichtigen, diene zur Kenntniß, daß das Verkehrslokal der Brauer sich nicht mehr in Mathias Elixhauser's Gasthaus „Zur goldenen Kugel" befindet, weil derselbe boykottirtes Bier aus der Brauerei Kaltenhausen verzapft. Bis auf Weiteres ist unser Verkehrslokal in Joh. Schwärz' Gasthaus in Hallein verlegt worden.

Die Vertrauensmänner.

Kiel. (Sektion der Brauer.) Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 14. Juli bei Wittwe Riehus statt. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder und Einziehung der Beiträge. Bericht vom Kartell. Abrechnung. Sommervergnügen. Bericht der Lokalkommission. Verschiedenes. Nach Erledigung des 1. Punktes erstattete Kollege S. Bericht vom Kartell. Da Kollege K. noch nicht anwesend war, wurde der 3. Punkt verschoben und zum 4. übergegangen. Es entspann sich wiederum eine lebhafte Debatte betreffs des Sommervergnügens und wurde selbiges mit großer Majorität abgelehnt. Im 5. Punkt erstattete Kollege S. Bericht der Lokalkommission, und wurde „Stadt Flensburg" als Versammlungslokal und Herberge angenommen. Da während dessen der Kassirer eingetroffen war, wurde der 3. Punkt erledigt. Die Einnahme der Verbandskasse betrug 735,65 Mk., die Ausgabe 718,26 Mk. Kassenbestand am 1. Juli 1900 17,39 Mk. Einnahme der Lokalkasse 439,89 Mk., Ausgabe 299,66 Mk. Kassenbestand am 1. Juli 1900 140,23 Mk. Nachdem die Revisoren Alles für richtig befunden hatten, wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Da der Verbandsbeitrag ab 1. Juli 1900 1,20 Mark beträgt, wurde der Beitrag zur Lokalkasse von 50 auf 30 Pfg. herabgesetzt. Im 6. Punkt kamen sehr interessante Geschichten oder vielmehr traurige Zustände, die auf der Löwenbrauerei herrschen, ans Tageslicht. Herr Braumeister Trautner und sein Kollege (???) Knies scheinen recht nette zu sein. Besonders ist wohl Letzterer ein sehr humaner und lobenswerther Mann, da er seine Kollegen auf jede mögliche Art und Weise, wo er nur kann, drückt und schikanirt, sodaß bis jetzt schon vier Kollegen hier in Kiel sind, die nicht länger als 14 Tage bis 3 Wochen daselbst ausgehalten haben. Hoffentlich tragen diese wenigen Zeilen dazu bei, um die Direktion der genannten Brauerei auf diesen Mann aufmerksam zu machen und Abhilfe zu schaffen. Nachdem dem alten Vorstand für seine lobenswerthe Thätigkeit pro Mann 10 Mk. bewilligt worden, erfolgte um 11½ Uhr Schluß der gut besuchten Versammlung.

Köln. Freitag, den 6. d. M., fand im „Goldenen Löwen" hier eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Da der angekündigte Referent, Kollege Bauer aus Hannover, nicht erscheinen konnte, hatte Herr Redakteur Hofrichter das Referat übernommen. Redner besprach zunächst die wirthschaftlichen Verhältnisse der Brauereiarbeiter, die sehr verbesserungsbedürftig seien, und erörterte, wie das Unternehmerthum es immer versuche, die Arbeiter an der Verbesserung zu hindern und ihnen das Koalitionsrecht zu beschneiden, und kritisirte im Besonderen die Behandlung von Seiten unserer Vorderburschen. Weiter zog er eine Parallele zwischen den Dividenden der hiesigen Aktien-Brauereien und den Löhnen der Arbeiter. Es zahlten: Adler-Brauerei 10 Prozent, Alteburg 7 Prozent, Brauerei Bardenheuer 8½ Prozent. Ferner schilderte er noch die hiesigen Wohnungsverhältnisse, die er aus eigener Anschauung kennt, und forderte alle anwesenden Unorganisirten auf, sich dem Zentralverband deutscher Brauer und Berufsgenossen anzuschließen, für die Brauereiarbeiter sei die Organisation eine besondere Nothwendigkeit. Referent erntete für seinen zweistündigen Vortrag reichen Beifall. Beim 2. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Huggenberger den Bericht der Lohnkommission, wo wenig zu berichten war, weil keine von den Brauereien, denen die Forderung zugeschickt wurde, eine Antwort gegeben hatte. Dann wurden die Forderungen nochmals verlesen und auch für richtig befunden. Darauf wurde beschlossen, die Anweisungen des Hauptvorstandes abzuwarten, bevor neue Schritte unternommen werden sollen. Auch wurde hervorgehoben, daß die Hirsch-Brauerei in Bayenthal ihren Arbeitern den Lohn aufgebessert und die Dujour mit 3 Mk. vergütet, sowie auch noch eine kleine obergährige Brauerei, welche ebenfalls 10 Mk. pro Monat mehr zahlt. Beim Punkt „Verschiedenes" erklärte ein Kollege, wie gewisse Bundesgesellen in der Brauerei Winter ihr dunkles Handwerk treiben. Dieselben sollen zu Herrn Winter gesagt haben, der Bund hätte Leute genug, die für 90 Mk. arbeiten wollten. Es schilderten noch mehrere Kollegen die hiesigen Verhältnisse und wurde dann die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Leipzig. Die am Sonntag, den 15. Juli, in „Stadt Hannover" abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit der vom Verband der Brauereien eingegangenen Antwort. Da in verschiedenen Brauereien die Abmachungen von 1899 nicht mehr innegehalten wurden, reichte die Agitations-Kommission Beschwerde beim Vorsitzenden der Verbandsbrauereien ein, worauf derselbe die betreffenden Brauereien auch aufforderte, den Tarif innezuhalten. Da Herr Brauereibesitzer B. Lapp-Lindenau bloß den Lohn und Aufheben des Dujour-Haltens bewilligte, so wurden die daselbst beschäftigten Kollegen nochmals persönlich vorstellig, worauf Herr Lapp auch die Sonntagsruhe bewilligte. Herr Brauereibesitzer Rohland-Möckern erklärte sich bereit, sofort den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen, wenn der über seine Brauerei verhängte Boykott offiziell aufgehoben würde. Da der Versammlung nichts von einem derartigen Boykott bekannt ist, so wird die Agitations-Kommission beauftragt, nochmals mit Herrn Rohland in Verbindung zu treten. Die Leitung der Lützschenaer Brauerei macht geltend, daß ihr Zweiggeschäft in Schkeuditz nicht zu dem Leipziger Verband gehöre und daselbst nach dem in Halle a. S. bestehenden Tarif bezahlt werde. Herrn Brauereibesitzer Blaßnig-Markranstädt, von welchem noch keine Antwort eingegangen ist, will der Vorsitzende des Verbandes der Brauereien nochmals auffordern, die Mißstände in seiner Brauerei abzustellen. Der Vorschlag, am Sonntag, den 5. August, einen Ausflug nach Zwenkau zu machen, wird angenommen, ebenso der Vorschlag, 10 Pf. Extrasteuer pro Monat für lokale Ausgaben zu erheben. Weiter wurde zu zahlreicher Betheiligung am Verbandsfest in Halle a. S. aufgefordert. Kollege Leuschner machte darauf aufmerksam, daß in diesem Herbst die Stadtverordnetenwahlen stattfinden und solle sich Jeder, der zwei Jahre hier ist, das Leipziger Bürgerrecht erwerben. Die nöthige Anleitung hierzu wolle er Jedem geben. Hierauf Schluß der Versammlung.

Mittweida. In einer Volksversammlung am 3. Juli sprach der Verbandsvorsitzende G. Bauer aus Hannover über: „Ist der Kampf der Brauereiarbeiter ein gerechter und wie können wir demselben zum Siege verhelfen?" Schon vor Beginn der Versammlung mußte man in Anbetracht des starken Polizeiaufgebots zu dem Gedanken kommen: Es hängt etwas in der Luft. Obgleich die Versammlung eine rein gewerkschaftliche war, da doch nur ein rein wirthschaftlicher Kampf behandelt wurde, mußten doch die Minderjährigen aufgefordert werden, den Saal zu verlassen, was zu einer kurzen Auseinandersetzung

zwischen dem Vorsitzenden und Ueberwachenden führte. (Gegen das Verlangen des Beamten wird Beschwerde erhoben werden.) Als der Referent in der Einleitung seiner Rede einen kurzen Rückblick auf die Vergangenheit des Handwerks und die ersten Anfänge der Organisation machte, drohte sofort der Ueberwachende mit Wortentziehung, wenn nicht gleich „zur Sache" gesprochen würde. Redner besprach den Streik der Mittweidaer Brauer und deren Forderungen und zog einen Vergleich mit den bekannten hohen Dividenden der Brauereien und den gezahlten Löhnen. Ferner wies er darauf hin, wie schwer die Brauer an ihrer Gesundheit leiden; sind doch nach einem Gewerbe-Inspektions-Bericht von den in Brauereien beschäftigten Personen erkrankt: Brauer 88 Proz., Böttcher 74 Proz., Bierfahrer 68 Proz. und Hilfsarbeiter 115 Proz. Ein Brauer mit weißem Haar ist unter seinen Kollegen überhaupt eine seltene Erscheinung. Sonst sehe man die Brauerei-Direktoren und ihre Vertreter bei den Arbeiterfesten am 1. Mai usw. Arm in Arm mit den Arbeitern gehen. Aber hier würden die Vertreter der Arbeiterschaft, die zur Vermittelung an den Herrn Direktor gesendet werden, schroff abgewiesen. Dieses sei eine Beleidigung der gesammten Arbeiterschaft. Während die Unternehmer ruhig alle Anderen boykottiren, die sich ihren Kartellen und Ringen nicht anschließen, indem man den Lieferanten einfach vorschreibt, an wen sie nichts mehr liefern dürfen, oder wenn einmal ein Unternehmer seinen Arbeitern Forderungen bewilligt, die dem Unternehmerthum nicht angenehm sind (auch viele Militärkommandos schreiben ruhig die Lokale vor, wo Soldaten nicht verkehren dürfen), kann sich die Arbeiterschaft dieser Mittel nicht bedienen und braucht es auch nicht; doch so weit hat man es noch nicht gebracht, durch Gesetz vorzuschreiben, wo der Arbeiter seine sauer verdienten Groschen verzehren muß. Leider haben der Arbeiter und die Arbeiterfrau noch nicht einsehen gelernt, dort zu kaufen, wo man weiß, daß der Mitarbeiter anständig bezahlt und behandelt wird. Sodann ließ der Referent auch den mitanwesenden Arbeitswilligen die entsprechende Würdigung zu Theil werden. Lebhaftes Bravo lohnte die Ausführungen. Während des Referats mußten auf Verlangen des Ueberwachenden die Minderjährigen nochmals aufgefordert werden, den Saal zu verlassen. Nachdem in der Diskussion ein Redner seiner Verwunderung darüber Ausdruck verliehen hatte, daß sich die Leitung dieses jungen Aktienunternehmens beim Publikum in dieser Weise einzuführen beliebt, erläuterte der Vertrauensmann der organisirten Brauer, Kollege Ludwig-Chemnitz, nochmals die Unterhandlungen, die er mit dem Herrn Direktor gehabt hat, und kam auf die „Erklärung" der Direktion zu sprechen, die jene im „Mittweidaer Tageblatt" gegen ihn erlassen hat. Während die Erklärung der Unternehmer bereitwilligst aufgenommen wurde, hielt es das „Amtsblatt" nicht für nöthig, die Entgegnung des Vertrauensmannes aufzunehmen. Als ein anderer Redner einen Vergleich zog zwischen den früheren Streiks und dem Brauerstreik und auf den Boykott zu sprechen kam, den einmal die Mittweidaer Arbeiterschaft siegreich gegen die Wirthe führte, die ihre Säle zu Versammlungen entzogen, entzog der überwachende Beamte dem Redner ohne Weiteres das Wort, das wiederum zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und dem überwachenden Beamten führte. Der Vorsitzende verlangte, daß sich der Beamte zuerst an ihn als Leiter der Versammlung zu wenden habe und er (der Vorsitzende) in den Ausführungen des Redners keine Veranlassung sehe, diesem das Wort zu entziehen. Als der Redner dann noch kurze Zeit weiter sprach, löste der Beamte die von mehr als 400 Personen besuchte Versammlung auf. Noch vor Auflösung der Versammlung ging folgende Resolution ein, die aber nicht mehr verlesen werden konnte: „Die am 3. Juli im Saale „Zur Stadt Chemnitz" stattfindende Volksversammlung, welche von über 400 Personen besucht ist, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, den ausständigen Brauereiarbeitern zum Siege zu verhelfen. Ferner erblickt die Versammlung in der schroffen Ablehnung der Gewerkschaftskommission von Seiten der Direktion der Aktien-Brauerei und eines Aufsichtsrathsmitgliedes eine Beleidigung der gesammten Arbeiterschaft von Mittweida, und fühlen sich die Anwesenden absolut nicht verpflichtet, das Bier aus der Aktien-Brauerei trinken zu müssen."

M.-Gladbach. Monatsversammlung vom 7. Juli. Tagesordnung: Aufnahme- und Beitragszahlung. Kartellbericht. Kassenbericht. Verschiedenes. Unter Punkt 1 ließen sich 4 Mann aufnehmen. Im Punkt 2 handelte es sich hauptsächlich um Anfertigung einer Lohnstatistik. Darnach stattete der Kassirer den Kassenbericht des letzten Quartals, welcher von der Versammlung für richtig anerkannt wurde. Nachdem unter Punkt 4 noch einige interne Angelegenheiten der Zahlstelle erledigt waren, erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Wie aus der Quartalsabrechnung vom 1. Quartal in der Beilage zu ersehen, zählte der Verband am 1. April zwei 10 300 Mitglieder, also eine Zunahme von über 1100 Mitgliedern in einem Vierteljahr.

„Nun aber weiter" agitirt, damit am Schluß des Jahres das zwölfte Tausend voll wird.

Bewegungen im Berufe.

† **Kassel.** In der öffentlichen Versammlung vom 21. Juli wurden die nach mehrmaligen Verhandlungen mit den Besitzern die von ihnen zugestandenen Verbesserungen acceptirt. In der Hauptsache lauten die neuen Bedingungen folgendermaßen: Die Arbeitszeit bleibt eine zehnstündige, die bezügliche Einrichtung in der Brauerei Kropf wird dadurch nicht berührt. Der Lohn für Brauer und Küfer wird um 5 Prozent erhöht und beträgt der Anfangslohn 24,23 Mk., nach 1½jähriger Thätigkeit 25,20 Mk. Der Wochenlohn derjenigen Brauer und Küfer, welche gegenwärtig schon höhere Löhne beziehen, wird, mit Ausnahme in der Brauerei Eisengarten, in dem gleichen fünfprozentigen Verhältniß erhöht. Fahrburschen, welche dauernd Pferde unter sich haben, werden mit 19,50 Mk. wöchentlich eingestellt und erhalten nach 1½jähriger Thätigkeit 21 Mk. Die Beschäftigung von Hilfsarbeitern an Stelle der Brauer und Küfer im bisherigen Umfang und Uebung behalten sich die Brauereien vor, das bisher übliche Prozentverhältniß soll nicht erhöht werden. Die Ueberstunden werden wie bisher bezahlt. Sonntagsarbeit wird nach Möglichkeit vermieden. Für unumgänglich nothwendige Arbeiten wird aus der Zahl der Brauer und Küfer abwechselnd je 1 Mann zur Sonntags-Dujour bestimmt. Derselbe erhält dafür eine Entschädigung von 2 Mk. Für weitere nothwendig werdende Sonntagsarbeit wird die Arbeit über 9 Uhr als Ueberstunden bezahlt. Die bezüglichen Bestimmungen für die Fahrburschen bleiben wie bisher. Die Ausnahmebestimmung für die Brauer der Brauerei Kropf bezüglich Freigabe von Wochenstunden für die geleistete Sonntagsarbeit fällt fort. Das Auswärtswohnen zu regeln wurde den einzelnen Brauereien mit ihren Arbeitnehmern überlassen. Diese Bestimmungen haben Giltigkeit bis zum 1. April 1903. — Wundern mußten wir uns nur über die Kriegslust des Herrn Müller vom Schöfferhof, der der Meinung war, daß es doch einmal zum Bruch kommen und ein Exempel statuirt werden müsse. Wir hoffen auch für die Zukunft mit den Herren in Güte auszukommen und wüßten keine Gründe für diese Kriegslust. Jedoch sind wir der Meinung, daß Manches hätte besser ausfallen können, doch unter den gegebenen Verhältnissen war es nicht möglich. Die Herren kennen unsere verhältnißmäßig schwache Organisation sehr genau; wollen wir nach Ablauf dieser Frist bessere Erfolge erzielen, dann ist es aber nothwendig, daß die unorganisirten Kollegen und Berufsgenossen ihre Lauheit abstreifen und Mann für Mann dem Zentralverband beitreten.

† **Remscheid.** Am 18. Juli fand eine nochmalige Gewerkschaftsversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation in besonderer Berücksichtigung des Brauereibetriebes. Referent: Genosse Ibanetz aus Elberfeld. 2. Diskussion über die Lohnfrage der hiesigen Brauereiarbeiter. 3. Verschiedenes. Ibanetz erledigte in fast einstündigem Vortrage seine Aufgabe in anerkennenswerther Weise, wofür ihm allgemeiner Beifall gezollt wurde. Zum 2. Punkt sprachen sich sowohl von den Streikenden als auch von den verschiedenen Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei über die gerechten Forderungen der Arbeiter einerseits und das Benehmen des Herrn Kipper andererseits Mehrere aus und wurde deshalb von der gut besuchten Versammlung folgende Resolution Benz, der in längerer Rede an die Vertreter der Partei um moralische und finanzielle Unterstützung den Brauern gegenüber appellirte, einstimmig angenommen: Die heute im Saale des Herrn Hecke tagende öffentliche Gewerkschaftsversammlung erkennt das Verhalten der streikenden Brauer als vollständig korrekt an; die Versammlung verpflichtet sich, die streikenden Brauer finanziell und moralisch zu unterstützen. Gleichzeitig verpflichtet sich die heutige Versammlung, so lange kein Bier aus der Brauerei E. W. Kipper zu konsumiren, bis die Differenzen der Brauer beigelegt sind.

† **Ueber die Arbeitsverhältnisse in der Radeberger Exportbierbrauerei** wird der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" unter Hinweis auf die jüngsten Vorgänge dort geschrieben: Die Angelegenheiten der Brauer, Böttcher und Kutscher wurden nach kurzem, aber heftigem Widerstand der Direktion geregelt, die Angelegenheiten der Flaschenbierverleger (die im Brauerverband organisirt sind und sich ebenfalls mit den Streikenden solidarisch erklärt hatten) jedoch bis dato noch nicht. Die Verhältnisse der Flaschenbierverleger sind derartig komplizirt, daß die Lohnkommission nicht im Stande war, diese Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Die Direktion bot den Verlegern 15 Mk. Lohn pro Woche, sowie auf je 8 leere zurückgebrachte Flaschen 1 Pf. Vergütung und 1 Prozent Inkassaprovision. Dadurch würden sich die Verleger um zirka 50 Prozent verschlechtert haben. Um nun den Flaschenbierverlegern zu annehmbaren Arbeitsbedingungen zu verhelfen, fanden mehrere Unterhandlungen statt, welche die Direktion am 7. Juli vollständig abbrach. Nunmehr riefen die Verleger das Gewerkschaftskartell an und ersuchten um Beihilfe. Auch der unter Betheiligung des Kartells nochmals unternommene Versuch, eine Verständigung zu erzielen, scheiterte vollständig. Die Flaschenbierverleger forderten 16 Mk. Wochenlohn, sowie für je 5 leere zurückgebrachte Flaschen 1 Pf. Prämie und 2 Prozent Inkassaprovision. Nach diesen Forderungen würden die Verleger verdienen: 52 Wochen à 16 Mk. = 832 Mk., 400 000 leere zurückzubringende Flaschen (Höchstansatz) à 5 Flaschen 1 Pf. Prämie = 800 Mk., 40 000 Mark (Höchst-) Umsatz Inkassaprovision 2 Prozent = 800 Mk., macht in Summa 2432 Mk. jährlich oder 46,75 Mk. wöchentlich.

Hiervon gehen nun noch die zur Erhaltung der alten und Erwerbung neuer Kundschaft unvermeidlichen Spesen ab, welche jeder Bierreisende und Verleger braucht. Diese Spesen betragen pro Woche mindestens 20 Mk., so daß ein wirklicher Wochenverdienst von 26,75 Mk. verbleibt. Die Flaschenbierverleger haben gleich den Kutschern eine Arbeitszeit von ½6 Uhr bis ½10 Uhr Abends und auch noch länger. Also eine tägliche Arbeitszeit von 14 Stunden und darüber, bei Wind und Wetter, bei Hitze und Frost, Tag für Tag auf der Straße bei angestrengtester Arbeit. Das sind pro Stunde noch nicht ganz 33 Pfennig! Und dabei ist das der Verdienst, den derjenige Verleger erzielt, der die besten Touren hat. Die anderen verdienen noch nicht einmal so viel, sondern noch etwa 25 Prozent weniger. Hieraus kann Jedermann ersehen, daß es den Flaschenbierverlegern absolut unmöglich war, zu den von der Direktion angebotenen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Direktor Weber behauptet nach seinen Büchern, daß der beste Lohn, welchen die Verleger verdient haben, 5800 Mk. war. Von dieser Summe kommen aber 1390 Mk. uneinbringliche Forderungen und 1040 Mk. Spesen in Abzug. Die Verleger erhalten von der Brauerei 22 Proz. vergütet, müssen davon jedoch an die Wiederverkäufer 18 bis 20 Prozent abgeben, so daß für die Verleger nur 2—4 Prozent übrig bleiben. Die Direktion hat bei Ausrechnung der 5800 Mk. Einkommen fälschlich 8 Prozent gerechnet.

Der Steuerbehörde sind als Jahresverdienst 1542,89 Mk. angegeben worden, was vollständig richtig ist. Die Direktion hätte ohne Zweifel eine höhere Summe als steuerpflichtig angegeben, wenn dieselbe nachgewiesen werden könnte, auch würde die Direktion sich strafbar gemacht haben, wenn die Angaben nicht der Wahrheit entsprächen. Sehr wenige Streiks haben keine Gemaßregelten hinterlassen. Hier sind die Bierverleger Diejenigen, denn zu den von der Direktion gebotenen Bedingungen können sie nicht arbeiten. Nun, auch sie werden anderweitig Unterkommen finden und die Arbeiterschaft weiß genau, in welcher Weise die Gemaßregelten unterstützt werden müssen. Wenn die Direktion der Radeberger Exportbierbrauerei Schaden davon hat, so hat sie die Schuld sich nur selbst zuzuschreiben.

Eingesandt.

Leipzig. Immer trauriger gestalten sich die Arbeitsverhältnisse in der größten Brauerei Leipzigs, Riebeck u. Ko. Schuld hieran ist einzig und allein der Indifferentismus der Kollegen. Von 80—85 beschäftigten Kollegen sind kaum ein Drittel organisirt. Dieser Indifferentismus, dieses stille Ergeben eines großen Theils der Kollegen in die Maßnahmen seitens der befehlenden und antreibenden Personen hat seine Ursache in dem hier ortsüblichen Terrorismus, den eben diese antreibenden Personen zur größeren Ehre und zur Erhaltung des Bundes auf die Kollegen ausüben, wo sie noch die Macht dazu haben. Von diesen 80—85 sind fast ständig 20—30 junge Burschen, welche von ihrem Lehrmeister mit Empfehlungsschreiben nach der berühmten Bierfabrik verschickt werden als willfährige Objekte der Ausbeutung im Betriebe und durch den „Bund". Diese jungen Leute wissen weder was Organisation heißt, noch haben sie den Muth, sich gegen die an sie gestellten unbilligen Anforderungen zu wehren; sie sind ein Spielball der Laune ihrer „Herren" und treten in ihrer Abhängigkeit ihre Interessen mit Füßen, tragen dazu bei, daß die von uns geschaffenen besseren Verhältnisse immer schlechter werden.

Kaum in Arbeit getreten, werden sie auch gleich in den „Bund" eingereiht. Hilft Zureden nicht, so folgen die Chikanirungen verschiedener Bundeshelden, bis der Zweck erreicht ist. Meistens wird dem Zugeschickten auch schon vom Brauführer Berger mitgetheilt, daß er dem „Bund" beitreten und 5 Mk. für die erhaltene Arbeit an die Kasse abführen soll. Wir möchten nun gerne wissen, wie lange die Leipziger Brauereiarbeitgeber dieses feine Raubsystem, dieses elende Schacher- und Seelenverkäufergeschäft, das an die verrufensten Vermittelungsbureaus bei den Kellnern, Bäckern, Schlachtern und Landarbeitern erinnert, noch dulden oder diesem durch Einführung eines Arbeitsnachweises Einhalt thun werden. Ihr persönliches Renommee wird durch Duldung oder gar Begünstigung solcher skandalöser Einrichtung nicht größer. Dieser Tribut wird ohne Murren bezahlt, will man doch Arbeit erhalten und sich nicht von vornherein die Bundesgrößen und Vorderburschen zum Feinde machen. Doch im Stillen ballt man die Faust gegen das infame Treiben dieser Personen oder sucht durch Räsonniren vor anderen Leuten seinem Herzen Luft zu machen, daß man den Druck von oben herab nicht erwehren kann.

Der zweite Uebelstand liegt in der Betriebsleitung. Brauführer und Obermälzer sind einander feindlich gesinnt; ersterer besorgt das Einstellen der Leute und nimmt fast nur junge Burschen, welche den anstrengenden Arbeiten in der Mälzerei kaum gewachsen sind und von den älteren Burschen immer wieder dazu angetrieben werden müssen, weil die verlangte Arbeit gemacht werden muß. So sucht man auf diese Art durch fortwährende Treiberei von oben herab die Uneinigkeit unter den Burschen zu schaffen und zu fördern, und so kommt es, daß Einer den Anderen nach Möglichkeit zu unterdrücken und, wenn möglich, brotlos zu machen sucht. Einspruch gegen dieses Treiben darf Keiner erheben, sonst wird er entlassen. Dieses Alles geschieht hauptsächlich, weil der Brauführer den Obermälzer nach Möglichkeit zu chikaniren sucht und vielleicht auch sonst noch manche löbliche Absicht hat.

In Folge der überanstrengenden Arbeit liegen fast ständig bis zu 5 Mann erkrankt darnieder; sogenannte Vize giebt es nicht, obwohl diese ständig Beschäftigung hätten. Man sucht auf alle mögliche Art zu sparen und die Arbeitskräfte auszubeuten, und wenn die Kollegen dann dem dauernden Siechthum verfallen, sich ihrer zu entledigen und durch jüngere Kräfte zu ersetzen. Hat Einer einmal eine längere Krankheit durchzumachen gehabt, so wird er zwar wieder in Arbeit genommen, doch größtentheils zu solchen Arbeiten herangezogen, welche er zu leisten kaum im Stande ist, — damit er bald von selbst geht.

Ein fernerer Uebelstand, durch welchen viele Erkrankungen hervorgerufen werden, ist das sogen. Mutterbier, welches die Kollegen als Haustrunk erhalten, und welches von derart schlechter Qualität ist, daß fast Jeder nach dem Genuß desselben an Magenerkrankungen leidet. Rest-, Retour- und Vorlaufbier, mit den üblichen Kräusen versetzt, ist der Haustrunk. Wie miserabel dieses zusammengemischte Zeug ist, dafür ein Beweis: Beim Abfüllen dieses „Bieres" steht das in dem Schaffel unter dem Biertisch aufgefangene Bier, sobald es nur einige Stunden in Ruhe gelassen wird, in den allerschönsten Kräusen, wie sie im Gährkeller nicht schöner sein können. Es ist ganz egal, ob dieser Soff für das Arbeitspersonal gesundheitsschädlich ist oder nicht; hierbei ist die Hauptsache, daß der Herr Kellermeister seine Prozente in Gestalt von 10 Pf. pro Hektoliter Biererspamiß einstecken kann. Deshalb müssen seine Mitarbeiter dieses polizeiwidrige Zeug trinken, damit er recht viel „erspart"; im Jahre ist es ein hübsches Sümmchen, auf Kosten der Gesundheit einer Mitarbeiter. Die Herren Kollegen-Vorderburschen hüten sich wohlweislich, dieses „Bier" zu trinken, sonst wäre diesem Uebel wohl schon gesteuert.

Wird hier in der raffinirtesten Weise auf Kosten der Gesundheit der Kollegen gespart und den Kollegen kein genießbares Glas Bier gegönnt, so wird auf anderer Stelle sehr freigebig damit umgegangen. Auf Veranlassung der Brauereileitung ergehen fast alle Sonntage an die Fabrikkantinen resp. an die Arbeitspersonale, die Abnehmer des Riebeck'schen Bieres sind, Einladungen zu einem Frühschoppen in der Brauerei, zu welchem sich stets ca. 100, nicht selten bis zu 350 Mann einfinden. Dieselben erhalten nicht nur gutes Freibier, sondern auch noch Frankfurter Würstchen und Zigarren, Streichholzschachteln oder andere Kleinigkeiten. Bei solch einem Frühschoppen belaufen sich die der Brauerei entstehenden Unkosten auf 200—500 Mk. Das spielt aber Alles keine Rolle, bei dem eigenen Arbeitspersonal wird es wieder herausgeschunden, erstens durch den Haustrunk, den man keinem Menschen anzubieten wagen sollte, und zweitens durch die Ausbeutung der Arbeiter in der Arbeit, denn Antreiber giebt es genügend im Betriebe. Würde die Brauerei diese ihr erwachsenden Unkosten zur Mehreinstellung von Personal verwenden, damit die Anderen sich nicht kaput zu schinden brauchen, und dem Personal besseres Bier geben, so würde das Geld jedenfalls nutzbringender und segensreicher angewandt sein. Durch die jetzt beliebten Maßnahmen auf Kosten der eigenen Arbeiter wird nur das erreicht, daß die geladenen Frühschoppengäste meistens bleich und schwankend die Brauerei verlassen und Mancher auf dem Hofe oder auf offener Straße die nothwendige Entleerung vornehmen muß.

So sieht es in der Brauerei aus, wo auch der Vorsitzende des Bundes, Schröter, arbeitet; so wird den Kollegen dort mitgespielt, so werden sie ausgebeutet, behandelt und mit ungenießbarem Bier regalirt, wo die Gewaltpraxis zur Einverleibung der Kollegen in den Bund noch in üblichem Schwange ist; der Bundesvorsitzende hat sich noch nicht einmal um einen genießbaren Haustrunk für die Kollegen bemüht.

Hoffentlich dürften diese Zeilen genügen, die Brauerei-Leitung zu veranlassen, diese Mißstände abzuschaffen; wenn nicht, so nächstes Mal mehr.

* * *

So sieht es in der großen See- und Harmoniestadt Leipzig aus! Diese Zustände sind eine treffliche Parodie auf das Phrasengeklingel aus Leipzig in Nr. 17 der „Bundes-Zeitung" vom vorigen Jahre, das auszugsweise also lautete:

„... Ist doch unsere Institution (der Bund) nicht aufgebaut, um Haß, Neid, Zank und Zwietracht zu säen ...."

„Die treuen und aktiven Mitglieder aber, denen es daran liegt, den Verein auf dem Gipfel seiner Höhe und seines Ansehens .... weiter zu sehen, denen es am Herzen liegt, den Geist und die sittliche Vollkommenheit des Vereins als höchste Zierde zu betrachten, die Kollegialität in wahrer und würdiger Weise zu pflegen sucht (?), sowie durch mannhaftes Auftreten, Bescheidenheit und Entgegenkommen in allen Angelegenheiten die Sympathien unserer Herren Arbeitgeber weiter zu erhalten sucht (?), mögen (?!) (Berliner oder Leipziger Deutsch? D. R.) sich sondern von Denjenigen, welche dem oben Angeführten entgegenarbeiten und selbige als Gegner betrachten, ohne Rücksicht auf Person und Stand."

„Mit Achtung und Stolz können wir auf unsere Führer blicken, welche sich nicht gescheut, durch unermüdlichen Fleiß und Ausdauer den Verein auf den Gipfel seiner Höhe und Ansehens gebracht zu haben."

Giebt es ein vernichtenderes Urtheil dieses Phrasengeklingels, als das Beispiel der Eingangs aufgeführten Thatsachen?! Der Gipfel des Gipfels der „Höhe" und des „Ansehens", der „sittlichen Vollkommenheit", der „wahren" und „würdigen Kollegialität", des „mannhaften Auftretens" ist zweifellos in der Brauerei Riebeck, dem Domizil des Vorsitzenden des Bundesvereins konzentrirt, allwo die Kollegen das ungenießbare Bier trinken müssen, wo sie ausgebeutet werden wie wohl selten wo, während anderseits das Geld in Haufen zum Fenster hinausgeworfen wird. Blickt mit „Stolz" und „Achtung" auf Eure Führer, Ihr Bundeskollegen, die Euch mit diesem Gesöff füttern — sintemalen es doch Prozente für den Kellermeister abwirft — und die Ausbeutung, die Ueberanstrengung nicht nur geschehen lassen, sondern arrangiren. Es ist das ganz entsprechend der

Parole im „Bund", die da lautet: Zahlen (auch den Fünf-Mark-Obolus für das Vergnügen der Ausbeutung) und hübsch bescheiden sein und das Maul halten! Gewiß verdienen diese Herren die Sympathie der Arbeitgeber. Aber wer Haß, Neid, Zank und Zwietracht unter die Kollegen säet, das sagen uns mit greifbarer Deutlichkeit die Verhältnisse bei Riebeck und auch die Vorkommnisse bei der letzten Lohnbewegung.

Schon bei der vorjährigen Lohnbewegung haben die „geachteten Führer" alle Schleusen der „Kollegialität" springen lassen, um die von Seiten des Verbandes gestellten Forderungen zu hintertreiben und die Kollegen um einen schönen Theil der erwarteten Verbesserungen zu betrügen; zum Theil ist es ihnen ja auch gelungen, denn es ist nicht zu ersehen, daß die Besitzer von Leipzig und Umgegend sich gegen einen Minimallohn von 27 Mk. gesträubt haben würden, wenn die Forderung einmüthig gestellt worden wäre. So aber haben es die „Führer" mit der „wahren Kollegialität" für gut befunden, 12½ Mk. monatlich weniger zu fordern, als die Brauereien auf unser Betreiben, also 26 Mk. pro Woche, thatsächlich bewilligt haben. Auch wollten die Führer, um nicht zu „Arbeitern" degradirt zu werden, durchaus halbmonatliche Lohnzahlung. Wäre dieser Ausfluß der „wahren Kollegialität" in die That umgesetzt worden, dann hätten die verheiratheten Kollegen sie in der ganzen Güte zu kosten bekommen, denn diese hatten den größten Schaden, während die „Freiwohnung" in der Brauerei, an der die „Führer" mit Zähnen festhielten, den Unverheiratheten bei einem Minderverdienst vo 12½ Mk. pro Monat nichts nützt.

Um den Nutzen der Kollegen war man ja auch garnicht so bedacht, als darauf, „den Verein auf dem Gipfel seiner Höhe und seines Ansehens weiter zu sehen", und dazu gehört, daß man auch in Zukunft die Kollegen stets in der Brauerei vor Augen und unter der Fuchtel der „wahren Kollegialität" à la Riebeck hatte, um ihnen die etwa fehlende „Ueberzeugung" von der Güte des „Bundes" mit dem nöthigen Nachdruck beizubringen und sich auch für die Zukunft den 5 Mk.-Obolus bezw. die offenen Taschen der Kollegen zu sichern, da im anderen Falle schließlich beide Praktiken in Gefahr geriethen, die nöthige Wirkung zu verlieren und somit die „Höhe und das Ansehen des Vereins" gefährdet würden.

Und welche Kniffe hat man nicht von Seiten der „geachteten Führer" angewandt, um die Kollegen auch ferner unter ihrer Botmäßigkeit zu halten, da sie sonst abtrünnig werden konnten! Man hat erstens von Seiten der Brauereien unserer Lohnkommission Mittheilung gemacht, daß eine Abstimmung über das Außerhalbwohnen in den Brauereien stattgefunden habe und die Kollegen sich für Wohnen in der Brauerei erklärt hätten. Da aber davon garnichts wahr war und auch die Herren Besitzer es sich nicht aus den Fingern gesogen haben können, so ist es nicht schwer zu errathen, von welcher Seite diese Schiebung vollzogen, dieser Schwindel inszenirt wurde. Als dieser Schwindel aufgedeckt wurde, haben die „geachteten" Führer eine Versammlung einberufen, die sehr stark von Vorderburschen besucht war, um die „Gefahr" des Außerhalbwohnens abzuwenden. 62 stimmten für Innerhalb- und 46 für Außerhalbwohnen. Doch Alles hat nichts genützt, da der „Bund" und noch viel weniger eine „geschlossene Gesellschaft" desselben in dieser Frage etwas zu melden hatte, trotz aller Schiebungen, und so mußte dann die gefürchtete Urabstimmung vorgenommen werden, bei welcher 229 Kollegen für außerhalb und nur 121 für in der Brauerei wohnen stimmten. Damit war die Frage entschieden, denn die große Mehrzahl der Kollegen hatten schon genug von der „wahren Kollegialität", die sie tagsüber fühlten und hatten keine Lust, sich von den „geachteten Führern" übers Ohr hauen zu lassen. Doch die ganzen Machinationen hatten auch hier den Geist und die sittliche Vollkommenheit des Vereins" im wahren Lichte erscheinen lassen.

Doch die „wahre und würdige Kollegialität" geht bei manchem Menschen weiter, als gewöhnliche Sterbliche sich träumen lassen. Aus Rache über die vereitelte Schädigung der Kollegen und mißlungene Quertreiberei der „geachteten Führer" wurden einige Kollegen aus dem Bund ausgeschlossen, welche das Verbrechen begingen, im Interesse der gesammten Kollegen ein einiges Vorgehen zu erstreben. In der schon angeführten Nummer der „Bundes-Zeitung" hieß es in Bezug auf diese: „Also wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und hat folglich kein Anrecht auf unsere so schöne Vereinigung". „Die Versammlung zeigte so recht ihre einmüthige, rechtliche Bestrebung."

Ganz recht so! Ehrenwerthe Kollegen, welche Kollegialität und Charakter besitzen und denen das Wohl der Kollegen am Herzen liegt, haben in einer solchen „schönen Vereinigung" unter solchen „geachteten Führern" nichts zu suchen. Befinden sich solche Kollegen da hinein, dann gehört es sich, daß sie rausgeschmissen werden, und wäre es nur zu wünschen, daß die „schöne Vereinigung" von allen diesen Kollegen „gesäubert" würde, wie es in der „Bundes-Zeitung" Nr. 16 v. J. heißt. Es sind zweifellos eine ganze Menge von dieser Sorte drunter, die nur in ihrer Abhängigkeit nicht wagen, ihrer ehrlichen Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Dann können, nach der „Bundes-Zeitung", „die Leipziger Vorderburschen das kollegiale Verhältniß (à la Riebeck) zwischen sich und den übrigen Brauereien pflegen", daß es eine „wahre Lust" wäre, wenn — ihnen nicht von den „gesäuberten" Elementen inzwischen ihr trauriges Handwerk gelegt werden würde.

* * *

Die vorstehend gekennzeichneten Zustände sind ein Stück Kulturgeschichte an der Wende des Jahrhunderts in unserem Beruf. Es war schon immer so, daß sich die größte Ausbeutung einerseits als Wohlthat pries, Feigheit, Niedertracht und Verrath andererseits als größte menschliche Tugend von den Anderen angesehen und gepriesen wurden. Bei dem gemeinsamen Wirken dieser „Kräfte" wird stets der ehrliche arbeitende Theil des Volkes betrogen und geknechtet. Mit schönen Worten und leeren Phrasen von wahrer Kollegialität, die man weder kennt noch übt; mit der Züchtung eines krankhaften Dünkels durch den Appell an die Dummheit und niedrigsten Gefühle der Kollegen, wodurch man die Uneinigkeit unter denselben hervorruft und fördert, werden die Kollegen getäuscht und um ihre gerechten Ansprüche betrogen. Im Hintergrunde dieses verwerflichen Treibens, als Quelle desselben, lauert der schmutzige persönliche Eigennutz der „treibenden Kräfte"; wird die sorgfältig vorgehaltene Hülle fortgezogen, dann zeigt sich uns die scheußliche Fratze.

* * *

Die Leipziger Verbandskollegen haben nicht nur die Verbesserungen in den Leipziger Brauereien im Vorjahre bewirkt, sie gaben auch sorgfältig Acht und sind unabläßig auf dem Posten, daß diese Vereinbarungen auch innegehalten werden, und zwar mit stetem Erfolg. Aus den vor ihren Augen sich abspielenden Vorgängen, dem fortgesetzt geübten Verrath an ihren Interessen seitens der Bundesführer wird den ehrlichen, uns noch fernstehenden Kollegen trotz alles Terrorismus doch mit der Zeit die Binde von den Augen fallen und die an ihnen geübte Niedertracht wird ihnen auch den Muth verleihen, die Fesseln zu sprengen, der „schönen Vereinigung" den Rücken zu kehren und offen in die Reihen Derjenigen einzutreten, die energisch und ehrlich die Gesammtinteressen der Kollegen vertreten: in den Verband — dann würden auch solche Zustände wie in der Riebeck'schen Brauerei beseitigt werden können.

Wochenschau.

— **Folgenden Klageruf** über anscheinend entgangenen „Seelen"-Erlös des Herrn Hipp, Freiburg, Streikbrecherlieferungsstelle Nr. 1 und gleichzeitig offizieller Arbeits-Nachweis des Bundes, finden wir in Nr. 29 der „Bundes-Zeitung":

„Warnung für Bundesmitglieder!

Kollegen, welche an den Arbeits-Nachweis des Bundes in Freiburg i. B. überwiesen sind, wollen sich direkt bei demselben, in Freiau Nr. 101, melden, da sich die Genossen und Agitatoren auf dem Bahnhof herumtreiben, sogar Dienstmänner sind zu dem Zwecke aufgestellt, die Kollegen abzufangen und in die Lokalitäten der Genossen zu führen, wo gewöhnlich wenig Arbeit vorhanden ist, da man gewöhnlich diese Genossen in Brauereien selten wünscht."

Wir können den Schmerz des Herrn Hipp begreifen, wenn es ihm nicht vergönnt war, bei den letzten Streiks seine Schuldigkeit als Streikbrecherlieferer zu thun und ihm obendrein noch der Verdienst entgangen ist. Wir führen es aber darauf zurück, daß die Kollegen immer mehr Ekel gegen diese sie so sehr schädigende Verschacherei empfinden und sich von ihnen fernhalten. Und wenn die Freiburger Kollegen und „Dienstmänner" dazu mitgewirkt haben, dann ist es eine gute That.

— **Das Brauhaus Würzburg** hat für das Spitalschiff in China 2400 Flaschen pasteurisiries Bier gespendet. Wenn das Würzburger Brauhaus nur auch ihren Angestellten gegenüber ein klein wenig spendabel wäre. Es ist noch gar nicht lange her, da haben die Mälzer im Würzburger Brauhaus um ganz geringfügige Lohnaufbesserungen ersucht. Darauf haben sie nicht einmal Antwort erhalten. Es ist ja ein billiges Vergnügen, auf Kosten der schlechtbezahlten und ausgebeuteten Arbeiter in Patriotismus und Nächstenliebe zu machen, und will es uns bedünken, als ob es weit „patriotischer" vom Würzburger Brauhaus gewesen wäre, dieses Bier sich lieber bezahlen zu lassen und ihren Arbeitern anständigere Löhne zu zahlen.

— **Der Zentralverein deutscher Former** hat im Jahre 1899 124 182 Mk. für Ausstände verausgabt, wovon 89 601 Mk. die Hauptkasse leistete. Der Reservefonds belief sich in Einnahme und Ausgabe auf 85 182 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden 11 627 Mk. gezahlt. Das Vereinsorgan bedurfte eines Zuschusses von 11 932 Mk. Das Bankkonto beträgt 11 139 Mk. Die Zahl der Mitglieder beträgt rund 11 000.

Todtenliste.

Kollege Ferdinand Staiger, ein langjähriges treues Verbandsmitglied, ist in der Brauerei Hohberg, Solothurn (Schweiz), durch einen Fall zu Tode gekommen.

Ehre seinem Andenken!

Fachverein Solothurn.

Abrechnung vom Streik und Boykott in Krefeld.

Einnahme:

Vom Zentralvorstand der Brauer	240,—	Mk.
Aus der Lokalkasse der Brauer Krefelds	16,—	„
Entschädigung der Brauerei „Tivoli"	200,—	„
Versammlungseinnahmen	76,70	„
Sonstiges	6,—	„
Summa:	538,70	Mk.

Ausgabe:

Unterstützung	228,—	Mk.
Drucksachen	120,70	„
Inserate	71,36	„
Porto, Fahrgelder, Utensilien, pers. Ausg. 2c.	70,05	„
Entschädigung für Arbeitsversäumnisse	45,—	„
Bestand	3,59	„
Summa:	538,70	Mk.

Revidirt von den Brauern und zwei Revisoren des Kartells.

J. A.: Bonllmanns.

Quittung.

Für die streikenden Maurer Hannovers ging ein: Von den Brauern der Lindener Aktien-Brauerei 53 Mk. Vom Personal der Vereinsbrauerei Herrenhausen 14,75 Mk. Von dem Maschinenpersonal der Städt. Lagerbierbrauerei 10,05 Mk. Von Brauern der Hannoverschen Aktien-Brauerei (Liste 51) 19,50 Mk.)

Für die streikenden Kollegen in Remscheid ging beim Unterzeichneten ein: Von Klösel-Elberfeld 6,40 Mk. Von den Kollegen in Uemmingen bei Langenbreer 20,85 Vom Kollegen Pill in Hindorf bei Köln 12 Mk. Von den Kollegen des Bürgerl. Brauhauses in Bonn 4,50 Mk.

Für die ausständigen Kollegen der Brauerei C. W. Kipper in Remscheid ging beim Hauptvorstand ein: Von Kollegen in Ronsdorf (Eigene Liste) 10 Mk. Von Kollegen in Bendahl (Eigene Liste) 6,50 Mk.

Verbandsnachrichten.

* **Aschaffenburg.** Die Reiseunterstützung wird beim Kollegen Weber, Lohergraben 15, 1. Et., von 12 bis 1 Uhr Mittags ausgezahlt.

* **Berlin.** (Sektion der Brauer.) Laut Versammlungsbeschluß sind für die Monate Juli und August Sterbebeiträge zu entrichten. (Reich und Hildebrand.) Die neuen Marken sind an die Zahlstellen ausgegeben. Diejenigen Mitglieder, welche noch nicht bis Juni inkl. bezahlt haben, erfahren bei den Zahlstellen das Nähere.

* **Breslau.** Jeden Freitag Abend Ausgabe der Verbands-Zeitung sowie Aufnahme neuer Mitglieder und Einziehung der Beiträge in Heider's Brauerei, Herrenstraße 19.

* **Frankfurt a. M.** Von jetzt ab wird die Unterstützung beim Kollegen A. Fisler, in Sachsenhausen, Länderweg 57, 1. Et., Mittags von 1½ bis 2½ Uhr und Abends von 7 bis 8 Uhr ausbezahlt.

* **Langensalza.** Die Beitragsrestanten hiesiger Zahlstelle werden ersucht, die fälligen Beiträge zu begleichen, andernfalls nach § 4 des Statuts verfahren wird und die Namen veröffentlicht werden.

* **Ludwigshafen.** Behufs Feststellung der Präsenzliste werden die Mitglieder, welche im 1. und 2. Quartal d. J. der Zahlstelle Ludwigshafen angehörten, ersucht, ihre restirenden Beiträge nachzuzahlen oder ihre Abreise bekannt zu geben, widrigenfalls statutengemäß verfahren wird. Ferner jedem Mitglied zur Kenntniß, daß es sich bei Abreise von der Zahlstelle abzumelden hat, um Irrthümern vorzubeugen.

Der Vorstand.

* **14. Gau.** Von Seiten der Elberfelder Zahlstelle wurden als Kandidaten zur Wahl eines Gauvorsitzenden die Kollegen Frank und Bogula in Vorschlag gebracht. Die Zahlstellen Rheinlands werden ersucht, die Wahl baldigst vorzunehmen und das Resultat an den Unterzeichneten einzusenden.

Fritz Ruf, Elberfeld, Ronsdorferstraße 90.

Briefkasten.

B. in W. Der Betreffende hat an uns noch nichts bezahlt, werden nach A. schreiben. Näheres folgt. Besten Gruß B.

Rösch, Kaltenhausen. Alles Nennenswerthe und Zweckdienliche, was von Dir eingesandt wurde, hat auch Aufnahme gefunden, allerdings in gekürzter Form. Mit Zeitungsberichten ist den österreichischen „Herren" nicht viel gethan. Diese können nur durch die Macht der Thatsache zur Vernunft gebracht werden. Also bischen mehr Boykott. Ferner: Die vom Kollegen Schüler am 11. Juni gesandten 1,01 sind, wie angegeben, in Nr. 28 der Brauerzeitung quittirt: 86 Pf. für (Abonnement) Zeitungsporto und 15 Pf. für ein Protokoll.

Versammlungen finden statt in:

Arnstadt. Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat im „Schwarzburger Hof".

Aschaffenburg. Jeden ersten Sonntag im Monat.

Barmen. Donnerstag, den 2. August, Abends 9 Uhr, bei Hühn.

Berlin. Sonnabend, den 28. Juli d. J., Abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, gemeinsame **Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung** der hiesigen Sektionen. Tagesordnung: Stellungnahme zur Wahl des Gauvorstandes. Sämmtliche Mitglieder, welche sich hierfür interessiren, sind eingeladen.

Bremerhaven. Jeden ersten Mittwoch im Monat, Abends 8½ Uhr bei Spilken.

Düsseldorf. Jeden Freitag nach dem 1. des Monats im Lokal Prevo, Leopoldstr. 34.

Frankfurt a. M. Freitag, den 3. August, Abends 9½ Uhr: **Oeffentliche Versammlung** im „Grünen Wald". Referat des Kollegen Bauer, Hannover.

§ **Görlitz.** Jeden Sonnabend nach dem 1. jeden Monats, Abends 9 Uhr bei Hänisch, Neißestr. 27, 1. Etage.

Gotha. Jeden 2. Sonnabend im Monat bei Falke, Augustinerstraße, Ecke Klosterplatz. Die Waltershäuser Kollegen sind freundlichst eingeladen.

Hagen i. W. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachm. 4 Uhr, bei Schmidt, Weringhausen, Langestr. 34.

Hanau. Jeden ersten Mittwoch im Monat.

Kaiserslautern. Jeden 1. Sonnabend im Monat, Abends 8½ Uhr, in der Wormser Bierhalle, Wormserstr.

Meiningen. Jeden 1. des Monats bei Otto, Fischergasse 14.

Saarbrücken. Donnerstag, den 2. August, Abends 9 Uhr, im Kaisersaal, Hafenstr., St. Johann. Von da alle 14 Tage.

Schwabach. Jeden ersten Sonnabend im Monat im Lokal „Silberne Kanne".

Solothurn (Schweiz.) Jeden 1. Sonntag im Monat im Caffé Lindemann, Dornacherplatz.

Speyer. Jeden ersten Sonntag im Monat im „Karpfen".

Zeitz. Jeden 1. Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant zum heitern Blick, Lindenstraße.

Mitglieder, sorgt für guten Versammlungsbesuch. In jeder Versammlung werden Mitglieder aufgenommen.

Vergnügungs-Anzeigen.

Halle. Das Verbandsfest des früheren Agitationsbezirks Prov. Sachsen findet am Sonntag, den 29. Juli, in Osborg's Bellevue statt. Das Festkomitee ist an weiß-rothen Schleifen erkenntlich. Festrede vom Kollegen Stöcklein-Leipzig. Alle umliegenden Zahlstellen und Einzelmitglieder sind freundlichst eingeladen.

Dank.

Dresden, den 19. Juli.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Gatten und meiner Kinder treuen Vaters, des

Brauers Anton Leuteritz,

sage ich Allen meinen herzlichsten Dank für das letzte Geleit zum Grabe, besonders den Kollegen der betreffenden vier Brauereien, die seinen Sarg so schön mit Blumen schmückten.

Dem Dahingeschiedenen rufe ich ein „Ruhe sanft"! in die Ewigkeit nach.

Die tieftrauernde Wittwe

Ida Leuteritz

nebst zwei Kindern.

Brauer- und Mälzer-Mützen.

Kleine Klapp-Mütze.

Stoffproben stehen franko zu Diensten.

Bei Bestellungen nach außerhalb erbitte Kopfweite in Zentimetern anzugeben.

Strand-Mütze.

Breite Klapp-Mütze.

Steife Brauer-Mütze.

Versand erfolgt per Nachnahme, bei 12 Stück franko.

Dresden, Schäferstraße 53. **Carl Fiedler,** Dresden, Schäferstraße 53.

Berlin.

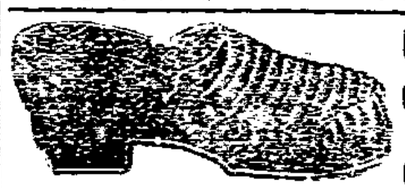
Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes

Restaurant mit Zentral-Herberge

Neue Friedrichstrasse 20

(Ecke Königstraße, i. d. Nähe d. Bahnhofes Alexanderplatz).

Hochachtungsvoll **Fritz Preuss.**



C. R. Witther

Chemnitz, Müllerstr. 28,

Fabrikant der altbekannten

Chemnitzer Holzschuhe, Mälzer-Pantoffeln, Plüschschuhe,

sowie **Stiefeletten** aus Doppel-Segeltuch für Mälzerei und Private, Preis 6 Mk.

Unserm werthen Verbandskollegen **Joseph Meier** und seiner lieben Frau **Anna,** geb. Mühlbauer, zu der am Dienstag, den 24. Juli, stattgefundenen Hochzeitsfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Augustiner-Brauerei, München.

Wenn der Kollege **Fritz Steiger** aus Adelmannsfelden (Oberamt Aalen), Verbands-Nr. 32004, seine Sachen bis zum 15. nächsten Monats nicht einlöst, betrachte ich selbige als mein Eigenthum.

Georg Schmidt, Oranien-Brauerei, Dillenburg.

Verlag und Redaktion von F. Krieg, Hannover. — Druck von Dörnke & Löber, Hannover.